



Liebe Leserinnen und Leser,

wenn etwa die expansive Politik Russlands weitere Sanktionen nötig macht, wird das nicht ohne Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land bleiben. Wir müssen uns der Tatsache stellen, dass die Bewahrung von Freiheit und Völkerrecht einen ökonomischen Preis kosten kann. Mit Blick auf die parlamentarischen Haushaltsberatungen, die wir in der letzten Woche führten, haben wir also eher mit negativen Auswirkungen als mit positiven Überraschungen zu rechnen. Wir alle sollten keinen Zweifel daran aufkommen lassen, dass wir diese Lasten zu tragen bereit sind.

Dies gilt ebenso für die Herausforderung Nahost: Die Verbrecher der Terrorgruppe „Islamischer Staat“ (IS bzw. ISIS) haben eine ganze Region verwüstet. Moslems, Jesiden, Christen und Juden, Aus- wie Inländer, Frauen, Männer und Kinder – alle werden gnadenlos mit brutalstem Terror überzogen. Angesichts der schrecklichen Verbrechen, angesichts der Vertreibung Hunderttausender, wird allein zusehender Pazifismus den Menschen nicht helfen. Der IS-Terror ist eine grundsätzliche Herausforderung menschlicher Werte.

Wir ducken uns nicht weg. Am 1. September kam der Deutsche Bundestag zu einer Sondersitzung zusammen. Wir haben an diesem Tag beschlossen, dass Deutschland in dieser Ausnahmesituation Ausrüstung und Waffen in den Irak liefert, damit die Kämpfer der kurdischen Regionalregierung gegen den sog. „IS“ bestehen können. Um das Schicksal der unzähligen Flüchtlinge in der Region zu lindern, bleiben wir und bleibt die Europäische Union aufgerufen, alle notwendige humanitäre Hilfe zu leisten.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

#### KURZ UND BÜNDIG

**1.9.** 26. Kreisverbandstagung des SoVD-Kreisverbandes Salzgitter

**7.9.** Empfang anlässlich des jährlichen Sehusa-Festes auf Einladung der Stadt Seesen

**8.9.** Fachgespräche, u.a. über gesundes Arbeiten mit Prof. Stowasser, Direktor des Instituts für angewandte Arbeitswissenschaft

**11.9.** Gespräch der Deutsch-Chinesischen Parlamentariergruppe mit dem Botschafter der Volksrepublik China in Deutschland

**11.9.** Fachgespräch über Betriebliches Gesundheitsmanagement mit Vertretern von BASF

**16.9.** Podiumsdiskussion bei der Fachtagung der IG Metall zur Qualität der Arbeit

**20.9.** Landmarkt in Seesen

#### DABEI SEIN – TERMINE

**27.9.** Oktoberfest in Abbenrode

#### Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel  
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe-lagosky@bundestag.de



Einer von uns in Berlin  
Sitzungswochen vom 8. bis 12. und  
22. bis 26. September

**Haushaltswoche und Verabschiedung des Bundeshaushalts 2015.** Der Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2015 und zur Finanzplanung 2018 kommt erstmals seit 1969 komplett ohne neue Schulden aus. Damit steht das von der CDU durchgesetzte Kernelement im Koalitionsvertrag vor seiner Verwirklichung. Unsere Bundesregierung kommt mit dem Geld aus, das sie hat. Wesentliche Einzellets im Überblick:

- **Arbeit und Soziales**  
Budget. 124,8 Milliarden Euro  
Inhalte. Beim größten Einzellet entfallen 84,9 Milliarden Euro auf die gesetzliche Rentenversicherung. Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung übernimmt seit 2014 der Bund, wodurch die Kommunen um 5,9 Milliarden Euro entlastet werden. Weitere Unterstützung für die Kommunen kommt durch erhöhte Leistungen beim Arbeitslosengeld II
- **Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**  
Budget. 3,9 Milliarden Euro  
Inhalte. Städtebauförderung, fortgeführtes 44-Millionen-Euro-Zuschussprogramm der KfW-Bankengruppe „Altersgerecht umbauen“, Asse-Fonds (3 Millionen Euro), Salzgitter-Fonds (700.000 Euro)
- **Wirtschaft und Energie.**  
Budget. 7,1 Milliarden Euro  
Inhalte. Wirtschafts- und Technologieförderung, das „Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand“ (ZIM) wird auf 543,5 Millionen Euro aufgestockt, 30 Millionen Euro mehr für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“
- **Bildung und Forschung**  
Budget. 15,3 Milliarden Euro  
Inhalte. Die Länder werden bei der Finanzierung von Studienplätzen und beim Ausbau der frühkindlichen Betreuung vom Bund entlastet. Die frei werdenden Mittel sollen die Länder für Schulen und Hochschulen verwenden.
- **Inneres**  
Budget. 5,7 Milliarden Euro  
Inhalte. Innere Sicherheit, verbesserte IT-Sicherheit, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wird durch 50 neue Stellen gestärkt, um Asylverfahren zu beschleunigen (2014 wurden schon 300 neue Stellen geschaffen); für Integrationskurse und die Aufnahme syrischer Flüchtlinge sind zusätzlich 49 Millionen Euro vorgesehen
- **Verkehr und digitale Infrastruktur**  
Budget. 23,1 Milliarden Euro  
Inhalte. 12,8 Milliarden Euro für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur (größter Investitionshaushalt),



Es herbstelt.



**Uwe Lagosky MdB**

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel  
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe-lagosky@bundestag.de



**Asylsystem zugunsten wirklich Verfolgter entlastet.** Vergangenen Freitag stimmte der Bundesrat dem geänderten Asylrecht zu. Damit erkannte er Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als sichere Herkunftsstaaten an. Zugleich erleichtert das vom Bundestag bereits vor der Sommerpause beschlossene Gesetz u.a. den Arbeitsmarktzugang für Asylbewerber und geduldete Ausländer.

Unser Ziel ist: Politisch Verfolgten muss schnell eine sichere Zuflucht gewährt werden. Nicht verfolgten Menschen wollen wir keine falschen Hoffnungen machen.

Rund 25 Prozent der in Deutschland gestellten Asylanträge stammen von Asylbewerbern aus Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina. Für mehr als 99 Prozent dieser Anträge besteht jedoch keine Aussicht auf Erfolg. Trotzdem müssen diese Menschen, solange über die Anträge nicht entschieden ist, im Rahmen der bestehenden Quotenregelung zur Unterbringung auf die Kommunen verteilt werden. Dies führt dort zu einer im Prinzip unnötigen Mehrbelastung.

Gleichzeitig können die Anträge etwa von Menschen aus Syrien, deren Asylanträge zu über 90 Prozent anerkannt werden, nicht schnell genug bearbeitet werden. Mit der Einstufung als sichere Herkunftsstaaten werden Anträge aus Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina künftig schneller entschieden, sodass mehr Kapazitäten für wirklich Verfolgte frei sind.

**Deutschlands Beitrag zur Eindämmung der Ebola-Epidemie.** In Sierra Leone, Liberia und Guinea sind wegen Ebola bereits mindestens 2.500 Tote und über 5.000 diagnostizierte Fälle zu beklagen – mit drastisch steigender Tendenz. Deutschland beteiligt sich am Kampf gegen die Epidemie mit zehn Millionen Euro Finanzhilfen, um die Erkrankten mit

Medikamenten und durch medizinisches Personal verbessert versorgen zu können. Außerdem werden Aufklärungs- und Präventionsmaßnahmen unterstützt.

Im Bundestag begrüßten wir darüber hinaus die jüngste Ankündigung der Bundeskanzlerin, eine Luftbrücke zum Transport von Hilfsgütern sowie eine Krankenstation zur Verfügung zu stellen. Ebenso wurde Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyens Aufruf gewürdigt: Über 2.000 interessierte freiwillige Helfer aus dem zivilen und militärischen Bereich meldeten sich inzwischen für einen Einsatz in den Ebola-Gebieten.



**1. Lesung Gesetz zur Änderung des Freizügigkeitsgesetzes/EU sowie Zwischen- und Abschlussbericht des Staatssekretärsausschusses zur Inanspruchnahme sozialer Sicherungssysteme durch Angehörige der EU-Mitgliedstaaten.** Mit diesem Gesetzentwurf strebt die Bundesregierung die Umsetzung der Vorschläge des am 8. Januar 2014 eingesetzten Staatssekretärsausschusses „Rechtsfragen und Herausforderung bei der Inanspruchnahme der sozialen Sicherungssysteme durch Angehörige der EU-Mitgliedstaaten“ an. Hierbei wurden drei wesentliche Handlungsfelder benannt:



#### Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel  
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe-lagosky@bundestag.de



1. Missbrauch soll im Bereich des Freizügigkeitsrechts wirkungsvoller bekämpft werden.
2. Bei Familienleistungen, insbesondere dem Kindergeld, sollen Missbrauch und Doppelzahlungen rascher aufgedeckt und vermieden werden.
3. Gegen Schwarzarbeit und Scheinselbstständigkeit ist entschieden vorzugehen.

Für diese Handlungsfelder werden konkrete Maßnahmen vorgeschlagen, etwa befristete Wiedereinreiseperrn oder eine verbesserte Behördenzusammenarbeit. Neben diesen Schritten zur Missbrauchsbekämpfung ist eine Entlastung von betroffenen Kommunen vorgesehen, z.B. im Bereich der Impfkosten für Kinder und Jugendliche.

**1. Lesung Gesetz zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen ab 2015 und zum quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung.** In Vorgriff auf das Bundesteilhabegesetz (Entlastung der Kommunen durch die geplante Übernahme der Eingliederungshilfe für Behinderte durch den Bund ab 2018) regelt der Gesetzesentwurf die im Koalitionsvertrag festgelegte Entlastung der Kommunen um jährlich eine Milliarde Euro. Diese erfolgt über einen erhöhten Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft im Rahmen des ALG II

(500 Millionen Euro) und über einen gesteigerten Kommunalanteil bei der Umsatzsteuerverteilung (500 Millionen Euro). Ebenfalls vorgesehen ist eine Aufstockung des Sondervermögens „Kinderbetriebsausbau“ um 550 Millionen Euro und eine Anhebung des Festbetrags im Rahmen der Umsatzsteuerverteilung zugunsten der Länder von jeweils 100 Millionen Euro in den Jahren 2017 und 2018.

**Bericht zum Anerkennungsgesetz.** Das am 1. April 2012 in Kraft getretene Anerkennungsgesetz garantiert einen Rechtsanspruch auf die Überprüfung der Gleichwertigkeit eines ausländischen Berufsabschlusses mit einem deutschen Referenzberuf. In den ersten neun Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes wurden 11.000 Anträge gestellt und 8.000 entschieden, davon 82 Prozent mit voller Anerkennung. Insbesondere der Gesundheitssektor hat durch Anerkennung von 5.000 Ärzten von den neuen Fachkräften profitieren können. Das Anerkennungsgesetz leistet somit einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung in Deutschland.

Mittendrin im Wahlkreis 49  
15. bis 21. September

**Besuch von Schacht Konrad und Asse II.** Gemeinsam mit meinem Braunschweiger Kollegen Carsten Müller und den Mitgliedern



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel  
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe-lagosky@bundestag.de



**CDU**

der Arbeitsgruppe Umwelt sowie dem Gesprächskreis Kernenergie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion habe ich die Schachanlage ASSE II und das geplante Endlager Schacht Konrad besucht. Ziel unseres Besuchs war es, unsere Kolleginnen und Kollegen über die aktuelle Lage vor Ort zu informieren und ihr Bewusstsein für die Problematik, die Sorgen der Menschen sowie die Verantwortung des Bundes noch weiter zu schärfen.

Im Zusammenhang mit Schacht Konrad standen folgende Fragen im Vordergrund: Wie sieht der aktuelle Baufortschritt für das geplante Endlager Schacht Konrad aus, wo schwach- und mittelradioaktive Abfälle gelagert werden sollen? Was wird getan, um eine sichere Lagerung zu garantieren?

In Bezug auf die Schachanlage ASSE II: Wie ist die aktuelle Sachlage bei der Rückholplanung? Wie der gegenwärtige Stand bei der Umsetzung der Notfallmaßnahmen für die Schachanlage ASSE II?

Carsten Müller und ich sind überzeugt davon, dass unsere Kolleginnen und Kollegen bei dem

Besuch viele neue Eindrücke und Erkenntnisse gewinnen konnten, die sie in die weiteren thematischen Überlegungen und Beratungen einfließen lassen können.

**Delegation des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes aus dem Kreisverband Wolfenbüttel zu Besuch in Berlin.** Mit Zwölf Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern von Samt- und Einheitsgemeinden aus meinem Wahlkreis und dem Beigeordneten für Recht und Soziales des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Uwe Lübking, tagten wir vor großer Kulisse. Dominierende Themen waren u.a. die finanziellen kommunalen Entlastungen durch den Bund und die durch den Bundesrat gebilligten Änderungen im Asylrecht mit den einhergehenden Auswirkungen auf die Gemeinden in meinem Wahlkreis. Das Gespräch und der Besuch des Deutschen Bundestages waren ein Programmpunkt innerhalb einer zweitägigen kommunalpolitischen Informationsfahrt im politischen Berlin.



#### Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel  
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe-lagosky@bundestag.de



**Einweihung des VAF-Werks in Salzgitter.**

Auf 6.500 Quadratmetern errichtete die VAF GmbH (Verkettungsanlagen, Automatisierungseinrichtungen und Fördertechnik) einen Komplex mit Büros, Montageflächen sowie einem Service- und Schulungszentrum. Das Unternehmen mit Hauptsitz in Bopfingen (Schwaben) stellt überwiegend für die Automobilproduktion benötigte Sondermaschinen wie teil- oder vollautomatisierte Montagelinien her. Durch die neue Niederlassung kommt neben modernster Technik und Architektur größter Service für die Kunden in unsere Region. An der Feierlichkeit nahmen Salzgitters Oberbürgermeister Frank Klingebiel, Roderich Kieseewetter (Wahlkreisabgeordneter von VAF) Hermann Stark, Geschäftsführender Gesellschafter der VAF GmbH, teil.



V. r. n. l.: Hermann Stark, Roderich Kieseewetter MdB und Dr. Gunter Bühler (Bürgermeister der Stadt Bopfingen)

**Zum Schluss, doch nicht das Letzte**

**Stärkung der Pflege geplant.** 2,6 Millionen Menschen in Deutschland sind aktuell pflegebedürftig. 70 Prozent von ihnen werden daheim gepflegt. Da für 2030 mit 3,5 Millionen Pflegebedürftigen gerechnet wird, will die Koalition die Pflege stärken. So berichtet das Bundesministerium für Gesundheit: „Noch in diesem Jahr sollen die Leistungen der Pflegeversicherung um insgesamt 2,4 Milliarden Euro verbessert werden. Dabei steigen die meisten Leistungsbeträge pauschal um 4 Prozent. Auch wird der Zuschuss für die altersgerechte Umrüstung der eigenen vier Wände um 1.600 Euro auf dann bis zu 4.000 Euro angehoben. Davon profitieren Pflegebedürftige und Angehörige. Gleichzeitig wird die Finanzierungsgrundlage der Pflegeversicherung gestärkt. Neben einer Beitragserhöhung um 0,3 Prozentpunkte wird ein Pflegevorsorgefonds bei der Bundesbank angelegt, der die Beitragssätze stabilisiert, wenn in 20 Jahren die geburtenstarken Jahrgänge ins Pflegealter kommen.“

**Uwe Lagosky MdB**

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel  
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe-lagosky@bundestag.de

